

Martin J. Wilde

Ghana – Eine Demokratie stabilisiert sich

Die Vierte Republik in Ghana ist nun sechs Jahre alt, und zur Mitte ihrer zweiten Legislaturperiode, – Parlaments- und Präsidentschaftswahlen haben 1992 und im Dezember 1996 stattgefunden –, deutet alles auf eine Stabilisierung der Demokratie in diesem westafrikanischen Land hin. Im Jahr 2000 wird Präsident Rawlings verfassungsgemäß aus dem Amt scheiden und viele Beobachter betrachten diese demokratische Amtsbekanntgabe als den Point of no return der ghanaischen Demokratisierung. Wichtige politische Ereignisse des Jahres 1998 sprechen dafür, daß dieser Punkt im Jahr 2000 wirklich erreicht wird.

Die Vierte Republik in Ghana ist nun sechs Jahre alt und zur Mitte ihrer zweiten Legislaturperiode, – Parlaments- und Präsidentschaftswahlen haben 1992 und 1996 stattgefunden –, deutet alles auf eine Stabilisierung der Demokratie in diesem westafrikanischen Land hin. Sechs wichtige politische Ereignisse des Jahres 1998 bringen dies sehr augenfällig zum Ausdruck: In ihrer zeitlichen Abfolge sind hier erstens der Clinton-Besuch im vergangenen März zu nennen, der in Ghana als eine Art politischer und wirtschaftlicher Ritterschlag empfunden wurde, zweitens die Ankündigung von Präsident Jerry John Rawlings, gemäß der Verfassung von 1992 nach zwei Amtsperioden im Jahr 2000 aus dem Amt zu scheiden, drittens eine von der Katholischen Bischofskonferenz ausgelöste breite öffentliche Debatte über die Korruption im Lande, viertens die im Juni abgehaltenen Kommunalwahlen sowie fünftens eine unerwartete und heftige Diskussion innerhalb der Regierungspartei National Democratic Congress (NDC) über den Grad ihrer innerparteilichen Demokratie und sechstens die erneute Nominierung von John A. Kufour als Präsidentschaftskandidat der größten Oppositionspartei New Patriotic Party (NPP).

Dies alles fand statt vor dem Hintergrund einer schweren Energiekrise, über deren Auswirkungen auf die ghanaische Wirtschaft im Jahr 1998 es allerdings noch keine gesicherten statistischen Daten gibt.

■ Die Entwicklung der letzten Jahre

Bevor auf diese Ereignisse näher eingegangen wird, seien aber kurz einige wichtige Koordinaten des Demokratisierungsprozesses der vergangenen Jahre in

Erinnerung gerufen: Nach über zehn Jahren der Militärherrschaft unter Fliegerhauptmann Jerry John Rawlings wurde 1988 ein vorsichtiger Demokratisierungsprozeß eingeleitet. Dieser Prozeß begann auf kommunaler Ebene mit der Einrichtung und Wahl von Distriktversammlungen und führte 1992 zur Annahme einer neuen demokratischen Verfassung sowie zu zeitlich getrennten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Aus Enttäuschung über ihre Niederlage gegen Rawlings bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 1992, die die Opposition nicht als frei und fair anerkannte, boykottierten die meisten Oppositionsparteien die anschließenden Parlamentswahlen im Herbst des gleichen Jahres. Im Parlament gab es somit vier Jahre lang praktisch keine Opposition zum herrschenden National NDC.

1996 ging Präsident Rawlings mit seinem NDC aus den diesmal am gleichen Tag stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die nach allgemeiner Auffassung frei und fair waren und eine außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung von 78 Prozent hatten, abermals siegreich hervor. Auf Rawlings entfielen 57,2 Prozent und auf seinen stärksten Gegenkandidaten John A. Kufour von der National Patriotic Party (NPP) 39,8 Prozent der Stimmen. Das Ergebnis der Parlamentswahlen, die nach englischem Vorbild entsprechend dem Mehrheitswahlrecht durchgeführt werden, war prozentual fast identisch mit dem der Präsidentschaftswahlen. Der NDC erlangte 133 der 200 Parlamentssitze und damit genau eine Zweidrittelmehrheit, und die NPP mit 61 Sitzen knapp ein Drittel. Fünf Sitze entfielen auf die Peoples Convention Party (PCP) und ein Sitz auf den Peoples National Congress (PNC).

Der positive Verlauf dieser Wahlen und die Präsenz einer starken Opposition im Parlament sind ganz gewiß ein Meilenstein im Demokratisierungsprozeß Ghanas und haben zu einem verstärkten Demokratiebewußtsein in der Bevölkerung geführt. Dieses hat sich seither durch die lebhaften und kritischen Debatten des Parlamentes über die Politik der Regierung Rawlings und durch die breite und vor allem in den zahlreichen privaten Medien kritische Berichterstattung und Diskussion über politisch kontroverse Ereignisse weiter gefestigt. Die Vielzahl der privaten Zeitungen und Radiostationen, die zum großen Teil

in allen Landesteilen erhältlich bzw. zu hören sind, vor allem letztere nicht nur in Englisch, sondern auch in den verschiedenen Landessprachen, und die offene bis beißende Kritik, die in diesen Medien an der Regierung und namentlich dem Präsidenten geübt wird, ist neben der regen Bautätigkeit in Accra wahrscheinlich dasjenige, was dem politisch interessierten Besucher Ghanas als erstes auffällt. Die große Zahl privater Medien ist dabei nicht nur ein Gradmesser für die Pressefreiheit¹⁾, sondern auch ein Zeichen für den gestiegenen Wohlstand einer entstehenden politisch interessierten Mittelklasse.

1) Getrübt wird das Bild der Pressefreiheit allenfalls durch eine ganze Reihe von Verleumdungsklagen führender Mitglieder der Regierung (spartei) gegen Journalisten. Die Opposition sieht hierin einen gezielten Anschlag auf die Pressefreiheit. Unabhängige Beobachter weisen aber auch auf einen oft miserablen journalistischen Stil und schlampige Recherchen der Journalisten hin. Andere verdächtigen die Opposition, diese Klagen bewusst zu provozieren, damit bei den Gerichtsverfahren das behauptete Fehlverhalten noch mehr in den Blick der Öffentlichkeit gerät und Anlaß für entsprechende Medienberichterstattung bietet.

■ Der Clinton-Besuch

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen der letzten Jahre fand im März 1998 der Besuch des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton statt, der ein politisches Großereignis besonderer Art war und sowohl innen- als auch außenpolitisch eine enorme Bedeutung hatte. Die Tatsache, daß Ghana unter den sechs Ländern war, die Clinton bei seiner ersten und bisher einzigen Reise nach Afrika südlich der Sahara besuchte, und daß Ghana das erste Ziel dieser Reise war, hat viele Ghanaer mit großem Stolz erfüllt. Bedeutet dieses Ereignis in ihren Augen doch nach der Wahl Kofi Annans zum UN-Generalsekretär das endgültige Comeback ihres Landes auf die politische Weltbühne und eine Anerkennung der Reformbemühungen der vergangenen Jahre. Dem konnte auch der Umstand, daß der Besuch nur einen Tag dauerte, keinen Abbruch tun. Alle Medien berichteten schon Wochen vorher über kaum ein anderes Thema, und am Besuchstag selbst waren Fernsehen und Radio fast ununterbrochen live dabei. *Clinton-Mania* war ausgebrochen, und Hunderttausende waren aus allen Landesteilen und der Umgebung Accras in die Hauptstadt geströmt, um die Straßen zu säumen und den Independence Square während der öffentlichen Großkundgebung der beiden Präsidenten zu füllen.

In den offiziellen Reden des Besuches wie auch in der Berichterstattung und den Kommentaren der Medien wurden als Gründe für die gestiegene internationale Reputation Ghanas neben der verbesserten Wirtschaftslage vor allem die Rückkehr Ghanas zur Demokratie, der weitgehende Schutz der Menschenrechte und die dadurch gestiegene politische Stabilität

immer wieder ausdrücklich genannt. Es ist dabei sehr deutlich geworden, wie stark der Zusammenhang von Demokratisierung und internationalem Ansehen einerseits sowie von internationalem Ansehen und beschleunigter wirtschaftlicher Entwicklung andererseits im öffentlichen Bewußtsein verankert ist. Ausländische Direktinvestitionen, zu deren Aquirierung Präsident Rawlings unermüdlich durch die westliche Welt reist, internationale Entwicklungsgelder, das Kapital der schätzungsweise zwei Millionen Auslandsghanaer sowie eine steigende Zahl von Touristen finden ihren Weg nach Ghana nur, so die einhellige öffentliche Meinung, wenn Ghana sein internationales Image nicht nur kosmetisch, sondern auch substantiell pflegt und weiter verbessert. Dies kann als ein breiter gesellschaftlicher Konsens gelten und stellt eine nicht zu unterschätzende Absicherung des Demokratisierungsprozesses gegen Versuche dar, das Rad der Geschichte möglicherweise wieder zurückdrehen zu wollen.

■ **Rawlings:
2000 gebe ich
den Stab weiter !**

Daß Präsident Rawlings nicht zu denen gehört, die dies vielleicht erwägen, hat er im Juni letzten Jahres deutlich gemacht, als er öffentlich erklärte, daß er gemäß der ghanaischen Verfassung von 1992, die ihm nach nun zwei Amtszeiten wie in den USA eine dritte Amtszeit nicht gestattet, im Jahr 2000 tatsächlich aus dem Amt scheidet will. Damit beendete er zunehmende Spekulationen, er wolle sich durch eine Verfassungsänderung die Möglichkeit einer weiteren oder verlängerten Amtszeit offenhalten.²⁾ Für die Ernsthaftigkeit dieser Entscheidung spricht, daß Präsident Rawlings seine Ankündigung damit verbunden hat, seinen Vizepräsidenten Prof. John Atta Mills als Präsidentschaftskandidaten seiner Partei für die im Jahr 2000 anstehenden Präsidentschaftswahlen und damit für seine Nachfolge vorzuschlagen.

Diese öffentliche Entscheidung Rawlings' ist grundsätzlich als ein wichtiger Beitrag zur Festigung der Demokratie und einer demokratischen Kultur in Ghana anzusehen und macht deutlich, wie weit das Land auf seinem Weg zur demokratischen Normalität vorangeschritten ist. Viele Beobachter betrachten die für das Jahr 2000 vorgesehene demokratische Amts-

2) Für eine solche Änderung wären allerdings sowohl eine Parlamentsentscheidung mit Zweidrittelmehrheit als auch ein Referendum mit Dreiviertelmehrheit nötig, was eine selbst für Rawlings kaum nehmbare Hürde bedeutet.

übergabe von Rawlings an seinen wie auch immer heißenden Nachfolger denn auch als den *point of no return* der ghanaischen Demokratisierung, und derzeit spricht tatsächlich vieles dafür, daß dieser Punkt im Jahr 2000 wirklich erreicht wird.

Ob Rawlings allerdings bei einem erneuten Wahlsieg des NDC nicht doch als Parteiführer und starker Mann der eigentliche Machtmittelpunkt zu bleiben gedenkt, steht freilich auf einem ganz anderen Blatt.

Bei öffentlichen Auftritten und Reden ist dem Präsidenten jedenfalls nicht der Hauch von Amtsmüdigkeit anzumerken, im Gegenteil. Sein politischer Gestaltungs- und Veränderungswille und sein 'inneres politisches Feuer' sind bei solchen Gelegenheiten selbst für den Fernsehzuschauer oder Rundfunkhörer geradezu mit Händen zu greifen. Daß sich Rawlings nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt mit dann 53 Jahren bereits auf das politische Altenteil oder auf den angenehmeren Posten einer internationalen Organisation zurückzuziehen gedenkt, glaubt kaum jemand. Er selbst hat auf einem Parteitag seines NDC im vergangenen Dezember ausdrücklich bestätigt, daß er auch nach dem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt weiter für die Ziele der Partei kämpfen will. Auf diesem Parteitag hat der NDC denn auch seine Satzung ergänzt und mit dem Nationalen Beratungsrat (National Consultative Council) ein neues Gremium geschaffen, dem Rawlings in der ebenfalls neugeschaffenen Funktion des 'Gründers und Führers der Partei' (Founder and Leader of the Party) vorsitzt.

Für viele Beobachter sind durch diese Satzungsänderung die letzten Zweifel daran zerstreut, daß Rawlings fest entschlossen ist, auch nach dem Jahr 2000 die wirkliche Macht weiter in den Händen zu behalten, und daß Mills dann 'unter' ihm Präsident sein werde.³⁾ Neben der Satzungsänderung wird als ein weiterer Grund für diese These angeführt, daß Prof. Mills trotz seiner herausgehobenen Stellung als Vizepräsident nicht zu den politischen Schwergewichten innerhalb des NDC gehöre und über keine eigene Hausmacht verfüge. Vor seiner völlig überraschenden Nominierung durch Rawlings zu dessen *Running Mate* 1996 war Mills in der Tat politisch ein weitgehend unbeschriebenes Blatt und gehörte weder zum engeren Kreis der Führungsriege um den Präsi-

3) Rawlingsanhänger weisen den Einwand, eine solche Konstellation sei doch undemokratisch, zurück. Solche unter ihnen, die mit den politischen Ereignissen in Deutschland vertraut sind, weisen darauf hin, daß ja auch in Deutschland der Vorsitzende der Regierungspartei nicht notwendigerweise Kanzler sein müsse und daß es auch in Deutschland nicht als undemokratisch gelte, wenn der Regierungschef 'unter' seinem Finanzminister und Parteivorsitzenden Kanzler sei.

dentem noch zu den Mitstreitern aus den ersten Jahren der Revolution. Mills wäre als Politiker somit das ‚Geschöpf Rawlings‘, der ihm nichts schuldig und von dem er politisch abhängig wäre. Vielen gilt Mills deshalb als ideale Besetzung des Präsidentenamtes für ein politisches Szenario, das es Rawlings weiterhin erlauben würde, den Takt des politischen Geschehens vorzugeben und in diesem Geschehen die erste Geige zu spielen.

Andere verweisen in der Diskussion um die Präferenz des Präsidenten für Mills auf die weiter bzw. wieder ausufernde Korruption innerhalb der staatlichen Institutionen und des NDC selbst und die Motive, die Rawlings 1979 und 1981 zum Putsch veranlaßten, nämlich den Kampf gegen eben diese Korruption und die selbstsüchtige Bereicherung einer kleinen Führungselite auf Kosten der großen Masse, vor allem der Landbevölkerung. Sie argumentieren, daß Rawlings von den Mißständen und Verfehlungen innerhalb der eigenen Reihen ehrlich erschüttert sei und sich deswegen für den Quereinsteiger Mills entschieden habe, der hinsichtlich seiner Integrität über alle Zweifel erhaben ist. Rawlings wolle dadurch die Ideale ‚seiner‘ Revolution retten.⁴⁾

Rawlings selbst hat wiederholt und zuletzt auf dem Parteitag im Dezember zu seinen Äußerungen über Mills erklärt, daß diese keine Nominierung darstellten, sondern darauf abzielten, den ausufernden Spekulationen über seine bestehende oder nicht bestehende Verfassungstreue den Boden zu entziehen und an Freunde und potentielle Investoren im Ausland das klare Signal zu senden, daß er im Jahr 2000 den Stab weitergebe und Ghana seinen Weg der rechtsstaatlichen Demokratie fortsetzen werde. Seine Präferenz für Mills, so Rawlings, beruhe auf dessen herausragenden Fähigkeiten.

In der Tat eilt Mills der Ruf voraus, politisch integer, tüchtig und auf Konsens statt auf Konflikt bedacht zu sein. Er gilt deshalb auch weit über das eigene Lager hinaus als wählbar. Zwar fehlt es Mills nach dem Eindruck zahlreicher Beobachter an charismatischer Ausstrahlung – Mills ist eben kein zweiter Rawlings –, aber seit seinem Amtsantritt hat er neben seinen repräsentativen Aufgaben in der Tat immer stärker Bereiche der alltäglichen Regierungsgeschäfte von Rawlings übernommen und sich als fähiger Regie-

4) Einige möchten sogar wissen, daß Rawlings durch die maßlose Enttäuschung über seinen langjährigen Vertrauten und ‚Premierminister‘ P.V. Obeng, der 1996 im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen die politische Bühne verlassen hat, dazu bewegt wurde, härter gegen „Verräter an den Idealen der Revolution“ vorzugehen.

rungsmanager bewährt. Seine Rolle im Verhältnis zum Staatspräsidenten gleicht dabei eher der des Premierministers in Frankreich als der des Vizepräsidenten in den USA. Bislang ist denn auch weder von der Opposition noch von Vertretern des Reform Movement an Mills nennenswerte Kritik geübt worden. In Kreisen der Opposition und vehementer Rawlingsgegner fragt man sich allenfalls, wie sich ein so anständiger Mann wie Professor Mills in die NDC verirren könne.

Seit 1996 hat sich der Vizepräsident ebenfalls einen hohen Bekanntheitsgrad in allen Landesteilen erworben, was vor allem im ländlich geprägten Ghana, in dem immer noch gut 40 Prozent der Menschen Analphabeten sind und nur eine Minderheit eine Vorstellung von den unterschiedlichen politischen Zielen und Programmen der verschiedenen Parteien hat⁵⁾, notwendige Bedingung einer erfolgreichen Kandidatur ist. Angesichts dieser Tatsachen wird es jeder potentielle Gegenkandidat schwer haben, sich gegen Mills durchzusetzen. Auch wahltaktisch ist die Entscheidung für Mills also vorteilhaft.

Was immer nun die wahren oder heimlichen Motive Rawlings' sein mögen, seine Entscheidung blieb ganz offensichtlich selbst in seiner eigenen Partei nicht unumstritten. Die im September ausgebrochene Diskussion im NDC über den Grad an innerparteilicher Demokratie und das Entstehen eines Reform Movement innerhalb des NDC werden jedenfalls von den meisten Beobachtern mit dem Mills-Vorschlag des Präsidenten in direktem Zusammenhang gesehen.

■ Reformdebatte innerhalb des NDC

Zunächst sind in diesem Zusammenhang die Umstände interessant, unter denen Rawlings seinen Personalvorschlag öffentlich gemacht hat. Der Präsident machte seine Äußerung auf einer Massenkundgebung seiner Partei, mit der diese den 19. Jahrestag der ersten Machtergreifung Rawlings am 4. Juni 1979, die 'June 4th Revolution', am Wochenende nach dem 4. Juni feierte⁶⁾. Daß Rawlings eine Parteikundgebung zur Verkündung seiner Botschaft nutzte und diese mit großer Begeisterung aufgenommen wurde, machte und macht es anderen möglichen Präsidentschaftsaspiranten der Partei außerordentlich schwer, gegen

5) Soweit man in Ghana überhaupt von „Programmparteien“ sprechen kann. Für die meisten Mitglieder aller Parteien ist die Verbundenheit mit einer oder mehreren Führungspersonlichkeiten wichtiger als bestimmte politische Konzepte.

6) Der 4. Juni selbst wie auch der 31. Dezember werden nach wie vor mit einem Staatsakt begangen, sind aber keine offiziellen Feiertage.

den Willen des Parteiführers und der ‚Basis‘ ihren Hut in den Ring zu werfen.

Durch die Wahl des Jahrestages der Revolution hat der Präsident nach Meinung zahlreicher Beobachter seinen Vize Mills ganz bewußt in die Tradition der ‚June 4th Revolution‘ gestellt. Die Botschaft an die (immer noch recht junge) alte Garde der Revolution und die Revolutionskader⁷⁾ der Partei lautete demnach sinngemäß: „Auch wenn Mills nicht ein Mann der ersten Stunde unserer ‚Bewegung‘ ist, er ist ein authentischer Vertreter unserer Ideale und Werte, einer von Euch!“ Dadurch hat Rawlings die Akzeptanz von Mills in der Partei und deren Geschlossenheit geschickt zu stärken versucht, was anscheinend nötig war, wie die innerparteiliche Diskussion zeigen sollte, die von Teilen eben dieser Revolutionskader, die auch heute noch die Massenbasis der Partei auf lokaler Ebene bilden, angestoßen wurde.

Von Bedeutung ist hierbei, daß der Diskussion innerhalb des NDC heftige Kritik seitens der Opposition an der Art und Weise voranging, in der Rawlings Mills vorschlug. Sie bezeichneten Rawlings' Vorgehen als eine „Ex-Cathedra“-Entscheidung und brandmarkten sie als undemokratisch, da die ghanaische Verfassung die politischen Parteien zu innerparteilicher Demokratie verpflichtete und nur ein Parteitag, der gemäß der NDC-Satzung in bezug auf die Präsidentschaftskandidatenkür erst im Jahr der Präsidentschaftswahlen, also im Jahr 2000 möglich ist, eine solche Entscheidung demokratisch treffen könne.

Nun hatte Rawlings' Vorschlag natürlich der Entscheidung eines Parteitages formell nicht vorgegriffen und insofern war sein Vorgehen nicht undemokratisch. Aber viele haben seinen Vorschlag de facto als Vorentscheidung begriffen, was offensichtlich nicht nur außerhalb des NDC so gesehen wurde. Immerhin bedeutet allein die Tatsache, daß über sein demokratisches oder undemokratisches Vorgehen eine breite Diskussion entbrannte, daß die Sensibilisierung für Fragen der demokratischen Spielregeln sehr gestiegen ist, und dies ist zunächst als rundum positives Faktum zu vermerken und als weiterer Beleg für die demokratische Normalisierung in Ghana.

Im Sommer begann der NDC dann eine Reihe von Parteitagungen auf Regional- und Wahlkreisebene⁸⁾, um sämtliche Regional- und Wahlkreisparteiorgane neu

7) Mit Revolutionskadern sind die Mitglieder der zahlreichen verschiedenen „Verteidigungsräte“ (Defence Committees) gemeint, die entsprechend zum PNDC (Provisional National Defence Committee, Revolutionsrat und oberstes Entscheidungsgremium des Rawlings-Regimes von 1981-1992) in Dörfern und Städten sowie Unternehmen und staatlichen Institutionen und der Armee während der Revolution entstanden und die Stützen des PNDC-Regimes waren.

8) Die Parteien in Ghana sind auf lokaler Ebene vor allem entlang den Wahlkreisgrenzen organisiert.

zu wählen. Ein Parteitag nach dem anderen verabschiedete Resolutionen, die das Votum von Rawlings für Mills offiziell absegneten und sich formell für eine Präsidentschaftskandidatur von Mills aussprachen. Nach einem Dutzend dieser Parteitage machte sich innerhalb und außerhalb des NDC mehr und mehr die Ansicht breit, daß diese Pro-Mills-Resolutionen einer zentral gesteuerten Strategie der NDC-Führung entsprachen. Gegen diese breitete sich allem Anschein nach zuerst im Stillen und nur innerparteilich, dann aber plötzlich und unerwartet heftig auch öffentlich Protest von Teilen der NDC-Mitglieder aus.

Die öffentliche innerparteiliche Debatte der NDC wurde von einem der prominentesten Vertreter der Revolutionskader, Goosie Tanoh, durch ein Live-Interview in der sehr populären politischen Morgensendung ‚Frontpage‘ des privaten Radiosenders Joy FM ausgelöst.⁹⁾ Seine Äußerungen schlugen im politischen Geschehen Ghanas wie eine Bombe ein. Ein Tabu war gebrochen worden: Noch nie hatte es ein prominenter NDC-Insider gewagt, in aller Öffentlichkeit Rawlings und die Parteiführung derart harsch zu kritisieren. Konkret bezeichnete Tanoh die Nominierung Mills‘ durch Rawlings und die Entscheidungsprozesse innerhalb der NDC als generell wenig demokratisch und gab bekannt, daß sich innerhalb der NDC ein *Reform Movement* gebildet habe, das sich eine stärkere innerparteiliche Demokratisierung auf die Fahnen geschrieben habe.

Obwohl er keine direkte Kritik an der Person Mills‘ übte, gewannen seine Äußerungen dadurch hohe Brisanz, daß er konkrete Namen von Personen nannte, die er sich durchaus ebenfalls als Präsidentschaftskandidaten vorstellen könnte. Unter diesen befanden sich zum einen P.V. Obeng, der vom Beginn der Revolution an zu den einflußreichsten Männern um Rawlings gehörte und jahrelang als Sonderberater und als „Premierminister“ von Rawlings galt¹⁰⁾, aber 1996 von der politischen Bühne verschwand. Zum anderen nannte Tanoh den bisherigen Fraktionsvorsitzenden der NDC im Parlament, G. H. Owusu-Acheampong, und den bereits seit der PNDC-Zeit als Verteidigungsminister amtierenden Mahama Idrissu. Zu guter Letzt brachte sich Tanoh auch selbst ins Gespräch.

Keine der von ihm genannten anderen Persönlichkeiten hat sich bislang im Sinne des *Reform Move* -

9) Ein deutlicher Beleg für die enorm gestiegene demokratiepolitische Bedeutung, die die privaten Medien inzwischen in Ghana erlangt haben.

10) So wurde er in der Tat auch beim ersten USA-Besuch von Rawlings von diesem Bill Clinton vorgestellt.

ment öffentlich geäußert, sondern sie haben bisher alles unterlassen, was als Abweichen von der von Rawlings vorgegebenen Marschroute angesehen werden könnte. Allerdings ist auch nicht bekannt, daß sie sich als vehemente Verfechter einer Mills-Kandidatur öffentlich hervorgetan hätten. Vom derzeitigen Parlamentspräsidenten und früheren PNDC-Mitglied Justice Annan wird berichtet, daß er nicht nur hinter vorgehaltener Hand die Art und Weise der Mills-Nominierung durch Rawlings kritisiert.

Dies und die Tatsache, daß die von Tanoh entfachte Diskussion von der NDC-Führung nicht gestoppt werden konnte, läßt vermuten, daß die Reformbewegung über ganz erhebliche Unterstützung innerhalb des NDC verfügt und ihr eine Reihe einflußreicher Mitglieder der Partei zumindest mit Wohlwollen gegenüberstehen.

Wie hart diese Kontroverse zwischenzeitlich geworden ist, wird dadurch deutlich, wie die Regional- und Wahlkreisparteitage nach dem Tanoh-Interview zum Teil abgelaufen sind. Mitglieder der Reformbewegung haben in zahlreichen Fällen versucht, die Abhaltung dieser NDC-Kongresse wegen (angeblicher) Verstöße gegen die Parteisatzung gerichtlich zu verhindern, und in einer ganzen Reihe der Fälle bekamen sie in der Tat Recht¹¹⁾, so daß die Veranstaltungen verschoben werden mußten. In anderen Fällen spielten sich auf diesen Kongressen teilweise tumultartige Szenen und Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern verschiedener Kandidaten ab.

Verschiedene Kandidaten: dies ist ebenfalls ein Novum in der NDC. Bislang wurde über Vorstandsposten und Parlamentskandidaturen ‚im Konsens‘ entschieden und im Vorfeld alles daran gesetzt, gegen die Kandidaten der Parteiführung antretende Parteimitglieder von der Notwendigkeit ihres Rückzuges zu überzeugen und Kampfabstimmungen zu verhindern. Noch im Jahr 1996 reiste P.V. Obeng im Vorfeld der Parlamentswahlen im Auftrag der Parteiführung durchs Land, um zu verhindern, daß innerparteilich nicht zum Zuge gekommene Mitglieder sich als unabhängige Kandidaten zur Wahl stellten und den Sieg der NDC-Kandidaten gefährdeten.

Allem Anschein nach sind nun aber immer mehr NDC-Mitglieder nicht mehr bereit, sich dem Druck der Parteiführung oder bestimmter Machtzirkel still

11) Ein neuerlicher deutlicher Beleg für die politische Unabhängigkeit der Justiz.

12) Achimota: Vorort von Accra und Synonym für die dortige, dem englischen Eaton vergleichbare Eliteschule.

zu beugen, wenn sie nicht deren Favoriten sind und auf die innerparteiliche Verliererstraße zu geraten drohen. Dies gilt vor allem wohl für die Revolutionskader, die sich von Anfang an für die Revolution eingesetzt und viel Kraft und Engagement investiert haben und sich nun bei der Vergabe von Ämtern und Mandaten übergangen fühlen. Sie reagieren zum Teil verbittert auf die steilen Karrieren und hohen Profite, die NDC-„Seiteneinsteiger“ in der Partei, in Regierungsinstitutionen oder in der Wirtschaft durch lukrative Aufträge der öffentlichen Hand machen. Zu hören ist zum Beispiel immer wieder der Vorwurf, daß an Stelle altgedienter (P)NDC-Aktivisten Schulfreunde von Rawlings, die sogenannten Achimotaboys¹²⁾, in Schlüsselpositionen gelangen. Der derzeitige Finanzminister Peparah gilt als Musterbeispiel dieser Personalpolitik, wobei allerdings kaum jemand seine hohe fachliche Kompetenz in Zweifel zieht.

Der Vorschlag von Rawlings, der Seiteneinsteiger Mills solle Präsidentschaftskandidat werden, brachte dann offenbar das Faß zum Überlaufen. Zum einen geschah dies wohl wegen des hohen Symbolwertes und des demoralisierenden Effektes dieser Entscheidung – so manch einer wird sich gefragt haben, was aus ihm als altem Revolutionskader auf lokaler oder regionaler Ebene wohl wird, wenn selbst an der Parteispitze die Leute der ersten Stunde nicht mehr zum Zuge kommen – und zum anderen wahrscheinlich deswegen, weil eben auch auf nationaler Ebene sich langjährige Weggenossen von Rawlings übergangen fühlen. Jedenfalls halten sich hartnäckige Spekulationen, daß NDC-Granden wie P.V. Obeng oder auch Kojo Tshikata, wie ersterer ein Mann der ersten Rawlingsstunde und während sowohl der PNDC-Zeit als auch der NDC-Regierung bis 1996 Chef sämtlicher staatlichen Sicherheitsorgane, mit hinter der Reformbewegung stecken. Was an diesen Spekulationen dran ist, ist schwer zu beurteilen, offensichtlich aber handelt es sich um einen handfesten Machtkampf, der möglicherweise letztlich gegen Rawlings selbst und seine Personalpolitik gerichtet ist.

Wolle Rawlings nämlich tatsächlich die wirkliche Macht weiter behalten, so argumentieren Beobachter, erscheine es durchaus als eine konsequente Personalpolitik des Präsidenten, seine Nachfolge selber und in seinem Sinne zu regeln und sich nicht auf die Rolle

des Moderators im Machtkampf verschiedener Parteiflügel oder Seilschaften zu beschränken, was nur eine Vorstufe zur Rolle des politischen Zuschauers wäre. Um seine zentrale Machtstellung zu garantieren und von vornherein auszuschließen, daß Mills sich möglicherweise mit der Zeit doch eine eigene Machtbasis aufbaut, wenn er einmal im Amt ist, müsse Rawlings aber auch sicherstellen, daß wichtige Positionen sowohl in den Parteigliederungen als auch in der Regierung mit seinen Vertrauensleuten besetzt werden und daß die NDC-Fraktion nach dem Jahr 2000 auf ihn eingeschworen bleibt. Letzteres setze einen effektiven Einfluß auf die Nominierung der Parlamentskandidaten voraus, was wiederum erfordere, die Regional- und Wahlkreisvorstände der Partei mit entsprechenden Gefolgsleuten zu besetzen, und genau dies sei auf den im Sommer und Herbst abgehaltenen Parteitagen geschehen und habe zu den erwähnten Auseinandersetzungen geführt.

Vertreter dieser Überlegungen sind darüber hinaus der Ansicht, daß Rawlings mit dem Ziel seiner langfristigen Machtabsicherung systematisch alle diejenigen ins politische Abseits zu befördern suche, die als politische Schwergewichte seine Macht gefährden könnten, und dazu zählten natürlich auch und vor allem die, die noch aus der PNDC-Zeit über eine eigene Hausmacht verfügen und in deren Schuld Rawlings in gewisser Weise immer noch stehe. Das *Reform-Movement* sei demnach weniger eine Bewegung von idealistischen Vertretern einer größeren innerparteilichen Demokratie, sondern eine gegen Rawlings und seinen absoluten Machtanspruch gerichtete Vereinigung derjenigen, die sich im NDC-internen Kampf um die Machtverteilung nach den nächsten Wahlen auf der Verliererseite wähnen.

Sie führen des weiteren die Regierungsumbildung im vergangenen Dezember als Beleg für solche Überlegungen an. Bei dieser Umbildung sind zwar fast alle Minister in ihrem Rang geblieben, aber die meisten bekamen ein anderes Ressort zugewiesen und vor allem wurden sämtliche Regionalminister quer durchs Land in andere Regionen versetzt. Letzteres wurde seitens der Regierung damit begründet, daß ein generelles Zeichen gegen Regionalismus und Tribalismus gesetzt werden und es allen Beamten möglich sein muß, in jedem Teil des Landes Dienst zu tun. Regie-

rungskritische Beobachter sehen in dieser Maßnahme allerdings eher den Versuch, die Regionalminister am Aufbau von regionalen Hausmachten zu hindern, vor allem die, die gleichzeitig Parlamentsmitglieder sind.

Schlüsselressorts wie Finanzen (Peprah), Dezentralisierung (Ahwoi), Verteidigung (Idrissu), Inneres (Adamafio) und Justiz (Asamoah) blieben in ihrer Besetzung unverändert. Der Fraktionsvorsitzende und Minister für Parlamentsangelegenheiten, Owusu-Achempong, tauschte seinen Posten mit dem Landwirtschaftsminister.

Andere Beobachter sehen die Personalpolitik Rawlings, die Teile der alten Revolutionskader übergeht, eher begründet in inhaltlichen Differenzen. Sie verweisen darauf, daß große Teile der Funktionärsriege der Revolutionskader ihre Ausbildung während der achtziger Jahre in sozialistischen Ländern¹³⁾ erhielten und bis heute die Denkmuster der marxistisch-leninistischen Ideologie nicht ganz abgelegt haben. Rawlings dagegen sei trotz seiner revolutionären Rhetorik nie Sozialist gewesen und sehe diese Revolutionskader als äußerst ungeeignet an, den wirtschaftlichen Aufschwung und die Modernisierung des Landes voranzubringen und die Reformen á la Weltbank und IWF umzusetzen. Dabei lasse sich nun zwangsläufig die Enttäuschung mancher politischer Erwartungen nicht verhindern.

Ob diese Enttäuschungen zu einer Abspaltung vom NDC führt, wie dies einige Mitglieder des *Reform Movement* angedroht haben, oder ob es einen stärkeren Aderlaß der Partei in Richtung des kleineren Oppositionslagers gibt, den traditionell eher sozialistisch orientierten Nkrumahisten¹⁴⁾, läßt sich derzeit noch nicht sagen. Eine Abspaltung dürfte aber schon deswegen nicht sehr wahrscheinlich sein, weil in einer auf dem Mehrheitswahlrecht basierenden Parteienlandschaft kleinere Parteien kaum Aussichten auf Erfolg haben. Eine Abwanderung von NDC-Mitgliedern zu anderen Parteien ist da schon eher vorstellbar, wenn auch weniger aus programmatischen als aus persönlichen Gründen, denn Parteien in Afrika sind – dies kann man fast verallgemeinern – keine Programmparteien im europäischen Sinne, sondern in erster Linie um politische Führungspersönlichkeiten organisierte Personenverbände.

13) U.a. in Kuba, Rumänien und der UDSSR.

14) So genannt nach Kwame Nkrumah, der Ghana in die Unabhängigkeit führte.

Für den NDC gilt dies sicherlich voll und ganz. Sein Programm war und ist eine Person, und die heißt Rawlings, und in seinen Reihen finden sich sowohl zahlreiche Anhänger der Nkrumah-Tradition als auch der Danquah/Busia-Tradition¹⁵⁾, auf die sich vor allem die NPP beruft. Wer sich also vom NDC abwendet, wendet sich von Rawlings ab, und dies ist in der Tat ein Indiz dafür, daß es bei den Auseinandersetzungen innerhalb des NDC auch um Rawlings selbst geht. Auch die Heftigkeit der Auseinandersetzungen innerhalb des NDC ist ein Indikator dafür, daß der Kern der Sache personalpolitischer Natur ist. Hier unterscheiden sich die Parteien in Ghana wohl nicht von europäischen, in denen die Auseinandersetzungen in der Regel auch dann am heftigsten sind, wenn es um Personalien geht.

Viele NDC-Anhänger scheinen in den Auseinandersetzungen der vergangenen Monate gespürt zu haben, worum es geht, und daß für den Fall, daß ihr Programm einmal nicht mehr Rawlings heißt, die Einheit oder sogar die Existenz der Partei gefährdet und damit ihr politischer Erfolg in Frage gestellt ist. Dies ist denn möglicherweise auch ein wichtiger Grund dafür, daß sich Rawlings (zumindest vorläufig) durchgesetzt hat, und auf dem nach perfekter Regie abgelaufenen NDC-Parteitag im Dezember ist erst einmal wieder Ruhe eingekehrt. Ob diese trügerisch oder von Bestand ist, muß abgewartet werden.

Die enorme demokratiepolitische Bedeutung dieser Ereignisse liegt auf jeden Fall darin, daß für jedermann sichtbar geworden ist: Machtkämpfe müssen nun auch innerhalb des NDC nach demokratischen Spielregeln ausgetragen werden.

In die zukünftige Rollen- und Machtverteilung innerhalb des NDC wird wohl erst die Benennung von Mills' *Running Mate* für die Präsidentschaftswahlen ein wenig mehr Licht bringen. Der Vizepräsidentschaftskandidatur der NDC gelten denn auch bereits die nächsten Spekulationen. Vor allem die Frage, ob die jetzige First Lady Nana Konadu Agyeman Rawlings möglicherweise kandidiert – sie war in der Tat auch als potentielle Präsidentschaftskandidatin genannt worden –, wird lebhaft diskutiert. Sie gilt seit langem als eine der politisch einflußreichsten Persönlichkeiten des Landes und hat sich vor allem als Vorsitzende des ‚31. December¹⁶⁾ Women Movement‘,

15) Danquah und Busia waren die prominentesten politischen Gegner Nkrumahs in den fünfziger und sechziger Jahren. Die Tatsache, daß viele Politiker sich bis heute mit diesen Persönlichkeiten identifizieren und sich durch sie politisch einordnen, belegt die These der Personenorientiertheit der ghanaischen Politik.

16) Der Name nimmt auf das Datum des zweiten Rawlings-Putsches am 31. Dezember 1981 Bezug und ist Programm.

der revolutionären Frauenorganisation zu Zeiten des Militärregimes, die heute zwar formell parteiunabhängig, aber de facto als Frauenorganisation des NDC fungiert, sehr stark als Vorkämpferin für eine umfassend verbesserte Stellung der Frau profiliert. Allerdings wird ihr auch nachgesagt, sich selbst unter führenden NDC-Mitgliedern zahlreiche Feinde gemacht zu haben. Wohl auch deswegen kam und kommt sie als Präsidentschaftskandidatin nicht in Frage, zumindest vorerst. Auf die Frage, ob sie als *Running Mate* im Wahlkampf für die NDC eher ein Pfund, mit dem man wuchern kann, oder eine belastende Bürde wäre, gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. Glaubt man den Meinungen von Beobachtern des NDC-Kongresses vom Dezember, so hat die First Lady ihre innerparteiliche Position erheblich gestärkt und eine Reihe von engen Vertrauensleuten im neuen Parteivorstand plazierte.

Bei der Diskussion um die Vizepräsidentschaftskandidatur werden aber nun auch immer stärker ethnische und geographische Proporzkriterien in die Diskussion gebracht. So wird von Kommentatoren der Medien immer wieder gemutmaßt, daß bei einem Präsidentschaftskandidaten Mills, der zum Akanvolk der Fanti gehört und aus dem Süden Ghanas stammt, der Vizepräsidentschaftskandidat aus dem Norden kommen werde bzw. kommen sollte. Genannt werden hier immer wieder die Namen des langjährigen Verteidigungsministers Idrissu und des Stellvertretenden Bildungsministers Ibn Chambas. Im Gespräch ist aber auch der derzeitige Justizminister Obed Asamoah.

■ Die NPP stellt Kufour wieder auf

Im Oppositionslager ist man derzeit auch eher mit Personalfragen beschäftigt und teilweise klären sich ebenfalls schon jetzt die Ausgangspositionen für das Wahljahr 2000.

Die stärkste Oppositionspartei NPP, die bei den vergangenen Wahlen knapp 40 Prozent der Stimmen gewonnen hat, wird wie im Jahr 1996 wieder mit John A. Kufour als Präsidentschaftskandidat ins Rennen gehen. Auf einem Sonderparteitag am 24. Oktober 1998 wurde der Präsidentschaftskandidat von 1996 mit einer Zweidrittelmehrheit der Delegierten wieder nominiert. Zwei Monate zuvor hatte die Par-

tei bereits eine neue Parteiführung gewählt, wobei sich ebenfalls Kufour-Leute weitgehend durchsetzten.

Diesen Entscheidungen gingen allerdings monatelange heftige und teilweise sehr unschöne parteiinterne Auseinandersetzungen voraus, in der die Partei ein Bild heillosen Zerstrittenheit bot. Zeitweise verging keine Woche, in der sich nicht führende Parteimitglieder selber für eine Position in der Parteiführung oder gar für die Präsidentschaftskandidatur vorschlugen. Teilweise nahmen die Personalvorschläge und -diskussionen groteske Züge an, was selbst der Partei sehr nahestehende Zeitungen zu der fast schon resignativen Frage veranlaßte, ob die NPP denn tatsächlich nur aus „führenden Mitgliedern“¹⁷⁾ bestehe.

17) So die regelmäßige Selbstbezeichnung der sich empfehlenden Kandidaten.

Die internen Auseinandersetzungen waren von Anfang an durch Versuche zumindest von Teilen der alten Parteiführung gekennzeichnet, die Renominierung Kufours zu verhindern und bei der Neuwahl der Parteiführung diesbezügliche Vorentscheidungen zu treffen. Dabei schreckten einige der Akteure nicht davor zurück, gegen Kufour schwerwiegende Anschuldigungen bezüglich angeblichen finanziellen Mißmanagements während des Wahlkampfes des Jahres 1996 zu erheben und dabei zu suggerieren, er habe dabei auch die Grenze der Legalität überschritten. Diese Anschuldigungen erwiesen sich allerdings als unhaltbar und fielen auf ihre Urheber zurück. Sie waren sicherlich auch ein Grund dafür, daß der alte Parteivorsitzende Peter Ala-Adjetey kurzfristig seine Bewerbung für eine Wiederwahl zurückzog. Der neue NPP-Vorsitzende S. A. Odoi Sykes sowie der neue Generalsekretär und Geschäftsführer gelten als Unterstützer Kufours und ihre Wahl deutete bereits dessen Renominierung an.

Nach dem August-Parteitag zogen die insgesamt sechs Kandidaten zwei Monate lang durch sämtliche Wahlkreise, standen den Parteimitgliedern Rede und Antwort und warben für sich und ihr Programm. Dabei fiel vor allem Kufours schärfster Rivale, Nana Akuffo-Addo, Sohn des während der Regierungszeit des Premierministers Busia amtierenden Staatspräsidenten und der führende ‚junge Wilde‘ in der NPP, durch eine im Ton recht aggressive innerparteiliche Kampagne auf, mit der er versuchte, sich gegen den sich andeutenden Sieg Kufours aufzulehnen. Dabei

wurde er von großen Teilen der privaten Presse unterstützt, die ihn offensichtlich gegenüber Kufour bevorzugten. Das Hauptargument, mit dem er für sich warb, war das Versprechen, auf Grund seines großen persönlichen Vermögens sicherzustellen, daß die NPP ihre Parteiorganisation professionalisieren und einen modernen Wahlkampf führen könne, was Grundbedingung eines Wahlerfolges sei. Diese Argumentation mag dem auf soziale Chancengleichheit bedachten europäischen Beobachter nicht sehr vertrauenswürdig erscheinen, wirkt aber in Ghana angesichts des derzeitigen Systems der Parteienfinanzierung nicht unplausibel. Die politischen Parteien erhalten keinerlei staatliche Zuwendungen, sondern sind auf private Spenden angewiesen. Wie die Erfahrungen mit ähnlichen Regelungen in anderen Entwicklungsländern zeigen, verschafft ein solcher Finanzierungsmodus regelmäßig der Regierungspartei klare Vorteile bei der Spendenwerbung.

Kufour warb dagegen mit dem Argument, daß sein Wahlergebnis 1996 gegen den populären Rawlings ein Achtungserfolg gewesen sei und er wegen seines damals erworbenen hohen Bekanntheitsgrades die Partei gegen eine NDC ohne den Rawlings-Bonus sicher zum Wahlsieg führen werde.

Folgt man der These, daß bei Präsidentschaftswahlen nur der eine realistische Chance hat, der in allen Landesteilen über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügt, so war die NPP durchaus gut beraten, mit Kufour ihren Kandidaten von 1996 wieder aufzustellen.

Insgesamt war die Debatte innerhalb der NPP sehr stark von der Frage überlagert, wer der aussichtsreichere Kandidat sei. Programmatische Aussagen, die eine gegenüber der derzeitigen Regierungspolitik deutlich andere NPP-Politik angekündigt hätten, gab es kaum. Man fühlte sich deutlich an den Slogan „Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser!“ erinnert.

Traditionell wird die NPP hinsichtlich ihrer politischen Ausrichtung mit der begüterten Unternehmer-schicht und einer an deren Interessen ausgerichteten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und eher föderalistischen als zentralistischen Staatsvorstellungen in Verbindung gebracht. Angesichts der von der Regierung Rawlings seit 1983 durchgeführten Strukturanpassungspolitik und dem 1988 eingeleiteten Demokratisierungsprozeß sind diese politischen

Positionen aber wenig geeignet, sich gegenüber dem NDC zu profilieren. Es bestätigt sich auch hier wieder, daß in Ghana die politischen Trennlinien nicht in erster Linie entlang politisch-inhaltlichen Differenzen verlaufen, sondern durch persönliche Verbindungen und Loyalitäten zu den jeweiligen Führungspersönlichkeiten, meist im Rahmen ethnischer Gesichtspunkte, bestimmt werden.

Die beiden oben erwähnten politischen Positionen der NPP haben denn zumindest teilweise auch mit der ethnischen Dominanz der Ashanti innerhalb der NPP zu tun. Die Ashanti, die bis zur Jahrhundertwende die meisten Ethnien des heutigen Ghana beherrschten, haben ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein, das sich im Wunsch nach mehr Eigenständigkeit und Einfluß in Ghana niederschlägt, und machen einen Großteil der reichen Händler- und Unternehmerschicht des Landes aus. Die meisten führenden Persönlichkeiten der NPP sind denn auch Ashanti und viele betrachten die NPP in erster Linie als eine Ashanti-Partei.

In diesem Zusammenhang ist die Zusammensetzung des Parteitag interessant. Entsprechend der NPP-Satzung bilden jeweils zehn Delegierte aus allen 200 Parlamentswahlkreisen den Parteitag, ungeachtet der Mitgliederstärke der NPP-Gliederungen in den Wahlkreisen. Damit hat die Partei der gleichmäßigen Repräsentanz aller Landesteile Vorrang eingeräumt vor der Repräsentanz ihrer eigenen Mitglieder, was sicherlich ein Versuch ist, den Ruf, eine Ashanti-Partei zu sein, loszuwerden.

Ein in dieser Hinsicht ebenfalls bemerkenswertes Detail ist, daß Kufour auf dem Parteitag anscheinend sämtliche Delegiertenstimmen der drei Nordregionen¹⁸⁾ auf sich vereinigen konnte. Dies dürfte es der NPP zumindest im Norden erlauben, einen geschlossenen Wahlkampf für Kufour zu führen und die Chancen der NPP dort zu verbessern. Dies ist insofern von Bedeutung, als der Norden bei Wahlen in der Vergangenheit meist relativ eindeutig für ein politisches Lager stimmte. Bei dem derzeit bestehenden Gegensatz zwischen der von den Ashanti dominierten NPP einerseits – von den zehn Regionen Ghanas gewann die NPP einzig in der Ashanti-Region 1996 die Stimmenmehrheit – und der von Ewes (Volta-Region) stark beeinflussten NDC andererseits – Rawlings und eine Reihe seiner engsten

18) Northern, Upper West and Upper East Region.

Mitstreiter sind Ewes und 1996 erzielte die NDC in der Volta-Region mit über 90 Prozent der Stimmen das am deutlichsten über dem Durchschnitt liegende Ergebnis – spielt der Norden so etwas wie das Zünglein an der Waage. 1996 gewann die NDC dort fast sämtliche Parlamentssitze sowie eine deutliche Mehrheit bei der Präsidentschaftswahl und erreichte somit ihren deutlichen Wahlsieg.

Eine stärkere Berücksichtigung des Nordens, beispielsweise bei der Auswahl von Kufours *Running-Mate*, dürfte der NPP sicherlich helfen, das Stigma der Ashanti-Partei loszuwerden und wirklich an die Tradition der beiden Nkrumah-Widersacher Danquah und Busia und der von diesen geführten United Party (UP) anzuknüpfen. Die UP war in den fünfziger Jahren aus der Vereinigung von zwei wesentlich im Norden und der Ashanti-Region verwurzelten politischen Bewegungen entstanden.

Sollte es der NPP gelingen, im Jahr 2000 den Norden des Landes von der NDC zu erobern oder zumindest die Anzahl ihrer Parlamentssitze von derzeit nur einer Handvoll deutlich zu erhöhen, liegt ein Wahlsieg Kufours oder die Erringung der Parlamentsmehrheit durchaus im Bereich des Möglichen. Ob ein Wahlsieg gegen den voraussichtlich vom Präsidentschaftskandidaten Mills in die Wahlen geführte NDC gelingen kann, wird wohl vor allem davon abhängen, ob die NPP wirklich geschlossen hinter Kufour in den Wahlkampf ziehen wird oder ob die in der innerparteilichen Auseinandersetzung geschlagenen Wunden noch nachwirken werden. Berichte und Kommentare von Teilen der privaten Presse, die Akuffo Addo unterstützt hatten, lassen Befürchtungen als berechtigt erscheinen, daß Kufour nicht auf die volle Unterstützung aller Parteiflügel rechnen kann.

Nach außen hin jedenfalls bemüht sich die NPP, das Prozedere der Kandidatenkür – sechs Kandidaten, intensiver parteiinterner Wahlkampf, breite Basisbeteiligung auf dem Parteitag – als vorbildlich demokratisch darzustellen und aus der Not der Zerstrittenheit eine Tugend zu machen. Seit dem offenen Ausbruch der Konflikte in der NDC gelingt ihr das auch zunehmend und eine gewisse Berechtigung dieser Darstellung ist nicht zu bestreiten.

Allerdings wird das Bild des vorbildlich demokratischen Verfahrens insofern bei näherem Hinsehen

etwas getrübt, als der Auswahl der Delegierten in den Wahlkreisen kein einheitliches und transparentes Verfahren zu Grunde lag. In vielen Wahlkreisen jedenfalls haben die Parteimitglieder die Delegiertennominierung „unter sich ausgemacht“¹⁹⁾ – was immer das heißen mag. Ob und inwieweit dieser Mangel für Manipulationen bei der Delegiertenauswahl mißbraucht wurde, läßt sich nicht genau sagen. Da keinerlei Vorwürfe aus dem Lager Akuffo-Addos bekannt geworden sind, spricht wenig für diese Vermutung.

19) So ein NPP-Funktionär.

Mit Blick auf die Wahlen 2000 versucht sich die NPP nicht nur als demokratisch vorbildlich hinzustellen, sondern will sich auch als Partei der Versöhnung profilieren. Hintergrund ist die Frage, wie sich die NPP im Falle ihres Wahlsieges gegenüber dem aus dem Amt scheidenden Präsidenten Rawlings verhalten wird und ob sie gedenkt, ihn für seine während der Militärherrschaft angeblich begangenen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Entgegen den in der privaten Presse vor allem im Zusammenhang mit den Ereignissen um den früheren chilenischen Militärmachthaber Pinochet geäußerten Meinungen, werden führende NPP-Vertreter nicht müde zu erklären, daß sie Rawlings in keiner Weise den Prozeß machen wollen. Offensichtlich will die Opposition verhindern, daß ein möglicher Wahlsieg von solchen Wählern, die die NPP grundsätzlich für gut wählbar halten, als eine Gefahr für den inneren Frieden und die politische Stabilität des Landes angesehen wird.

■ **Nkrumahisten weiter zersplittert**

Das zweite Oppositionslager, die dem ghanaischen Staatsgründer Nkrumah und seinen politischen Ideen anhängenden Nkrumahisten, war in den letzten Jahren in mehrere kleine Parteien zersplittert, die alle den Anspruch erhoben, die wahren Erben und Enkel Nkrumahs zu sein. Zwei von ihnen, die Peoples Convention Party (PCP), die im letzten Wahlkampf mit der NPP eine Allianz einging und es auf fünf Parlamentssitze brachte, und die National Convention Party (NCP), die nicht im Parlament vertreten ist, haben sich zur neuen Convention Party (CP) zusammengeschlossen, die übergangsweise von dem nkrumahistischen Veteranen Kojo Botsio geführt wird. Sie hoffen so, dem Schicksal zu entgehen, das in einem System

des Mehrheitswahlrechts normalerweise den ‚Drittparteien‘ beschieden ist, nämlich neben zwei großen Parteien auf Dauer ein Schattendasein zu fristen.

Die ebenfalls nkrumahistische Peoples National Convention (PNC), deren Gründer der frühere, von Rawlings 1981 gestürzten und 1998 verstorbene Präsident Hilla Limann war und die jetzt von Dr. Edward Mahama geführt wird, der 1996 als Präsidentschaftskandidat lediglich wenig mehr als drei Prozent der Stimmen errang, verfügt lediglich über einen Parlamentssitz und hat sich bisher dem Zusammengehen mit der neuen CP versagt. Sollte sich dies nicht ändern und das nkrumahistische Lager gespalten bleiben, werden wohl beide Parteien dem oben beschriebenen Schicksal nicht entgehen.

Zu der Schwäche des nkrumahistischen Lagers trägt sicherlich auch bei, daß es Rawlings in den vergangenen Jahren geschickt verstanden hat, große Teile dieses Lagers in die NDC zu integrieren und sich selbst als Bewahrer der Ideale Nkrumahs darzustellen. Vergleicht man auch die Anhängerschaft Nkrumahs in den fünfziger Jahren mit der von Rawlings 1981 und heute, dann stellt man Gemeinsamkeiten fest. Hervorzuheben sind hierbei die jungen und relativ gut ausgebildeten Mitglieder der entstehenden Mittelklasse, die mit den bestehenden beruflichen und sozialen Aussichten und Chancen nicht zufrieden waren und auf einen Wechsel der als zu starr empfundenen Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen drängten. Sie bildeten die Masse der Anhänger Nkrumahs im Streben nach der nationalen Unabhängigkeit und ebenfalls die Masse der Revolutionskader von Rawlings. Die nicht erfüllten Hoffnungen von Teilen letzterer sind sicherlich mit ein Grund für die aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der NDC. Um daraus aber politisches Kapital zu schlagen, fehlt es den Nkrumahisten an einer charismatischen Führungspersönlichkeit wie Nkrumah oder Rawlings. Rawlings versteht es jedenfalls immer noch gut, zumindest Teile dieser Anhängerschaft durch revolutionäre Rhetorik und politische Symbolik anzusprechen.

■ Kommunalwahlen

Das PNDC-Regime unter Rawlings hatte 1988 die Demokratisierung auf lokaler Ebene begonnen und mit einem Dezentralisierungsprozeß verbunden. Beides,

„echte Demokratisierung“ und Dezentralisierung, gehörten von Anfang an zu den bei der Revolution 1981 verkündeten Zielen und wurden als zusammengehörig propagiert. *Bringing power to the people* war und ist eines der zentralen politischen Schlagwörter von Rawlings, mit dem immer und vor allem eine verstärkte Beteiligung der Bevölkerung *at the grass-roots level* gemeint war. Diese „partizipative Demokratie“ (Rawlings) wurde und wird dabei als für eine gerechte sozioökonomische Entwicklung absolut notwendig angesehen. Dezentralisierung steht somit im Dienst von Demokratisierung und Entwicklung.

Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit einer Konsensorientiertheit der politischen Entscheidungsprozesse betont, die aus den kulturellen Traditionen des Landes abgeleitet wurde. Die Demokratie in Ghana sollte nach den Vorstellungen des PNDC-Regimes auf den hiesigen traditionellen Wertvorstellungen fußen. Eine wichtige Konsequenz, die aus dieser Vorgabe gezogen wurde, war die Nichtzulassung von politischen Parteien bei den Wahlen zu den lokalen Entscheidungsgremien, die nach den offiziellen Verlautbarungen reine Persönlichkeitswahlen sein sollten.

Zum dritten Mal seit 1988 fanden nun im Juni vergangenen Jahres Wahlen zu den 110 Distriktversammlungen (*District Assemblies*) und erstmals Wahlen zu den ca. 16 000 Ortsausschüssen (*Unit Committees*) statt. Die Distrikte sind vergleichbar mit deutschen Landkreisen und umfassen Gebiete von mehr als 75 000 Einwohnern, wobei auf Grund ihrer Größe von diesen 110 Gebieten drei als *Metropolies* (Accra, Kumasi, Sekondi-Takoradi, jeweils mehr als 250 000 Einwohner) und vier als *Municipalities* (Tamale, Tema, Koforidua/New Juaben und Cape Coast, jeweils mehr als 95 000 Einwohner) gelten. Die *Units* sind Siedlungseinheiten wie Dörfer oder Stadtteile mit einer Einwohnerzahl von zwischen 500 und 1 500.

Die *District Assemblies* sind nach der Verfassung die höchste staatliche Autorität auf lokaler Ebene, eben ein *Local Government*, und haben recht weitgehende Zuständigkeiten. Ihre Hauptverantwortlichkeit ist die umfassende Entwicklung (*overall development*) des Distriktes, worunter die wirtschaftliche und soziale Entwicklung inklusive der Verbesserung der Infrastruktur, die Bereitstellung von Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen, Wirtschaftsförde-

rung etc., sowie die Aufstellung eines entsprechenden Entwicklungsplanes zu verstehen ist. Ferner haben sie das Recht, verschiedene Steuern oder Abgaben zu erheben und Satzungen (*bylaws*) zu erlassen. Fünf Prozent des nationalen Haushaltes werden den *Assemblies* als sogenannter *Common Fund* für ihre Entwicklungsaufgaben von der Zentralregierung zur Verfügung gestellt.

Die Mitglieder der *District Assemblies* setzen sich zu zwei Dritteln aus in direkten Wahlen bestimmten Volksvertretern, zu 30 Prozent aus vom Präsidenten in Konsultationen mit den traditionellen Herrschern (*Chiefs*) und wichtigen gesellschaftlichen Gruppen ernannten Persönlichkeiten sowie den Parlamentsabgeordneten des Distriktes und dem ebenfalls vom Präsidenten ernannten und von der *Assembly* mit Zweidrittelmehrheit zu bestätigenden *District Chief Executive* (DCE), dem einem deutschen Landrat vergleichbaren politischen wie administrativen Leiter der Distriktverwaltung, zusammen. Die *Unit Committees* bestehen aus 15 Mitgliedern, von denen zehn direkt gewählt und fünf vom DCE im Namen des Präsidenten ernannt werden.

Bei diesen Ernennungen nehmen das Ministry for Local Government und namentlich Minister Kwamena Ahwoi, der von Anfang an zu den Mitstreitern Rawlings gehörte und in den letzten Jahren von allen Kabinetsumbildungen unberührt geblieben ist sowie zu den mächtigsten Männern der NDC gezählt wird²⁰⁾, eine Schlüsselstellung ein.

Neben der Nichtzulassung von Parteien wird von Kritikern des bestehenden Local-Government-Systems die Ernennung des DCEs und der 30 Prozent der *Assembly* bzw. *Committee Members* durch den Präsidenten immer wieder als undemokratisch bezeichnet. Sie werfen der Regierung vor, bei den Ernennungen nur diejenigen zu berücksichtigen, die der Regierungspartei angehörten oder naheständen, und somit gegen das propagierte Ziel der Nichtzulassung von politischen Parteien zu verstoßen. Dabei führen sie die geringe Wahlbeteiligung – bei dem Urnengang im Juni 1998 machten nur ca. 36 Prozent der registrierten Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch im Gegensatz zu 78 Prozent bei den nationalen Wahlen 1996 – als Beleg für die mangelnde Akzeptanz der bestehenden Praxis an und führen dies eben auf den

20) Zahlreiche Beobachter sehen in ihm sogar die Nummer Zwei hinter Rawlings.

Mangel an Demokratie zurück, der in ihren Augen so ganz im Gegensatz zu dem verkündeten Ziel der stärkeren Beteiligung der Bevölkerung an lokalen Entscheidungsprozessen stehe.

Neben Vertretern der Oppositionsparteien beklagen sich vor allem viele *Chiefs* darüber, daß sie im Vorfeld der Ernennungen gar nicht oder nur ungenügend konsultiert würden. Kritiker sehen in der in ihren Augen völlig unzureichenden Einbeziehung der traditionellen Herrscher in das Local-Government-System denn auch den klaren Hinweis darauf, daß dieses weniger auf den traditionellen Werten Ghanas beruhe als vielmehr dazu diene, die lokale Präsenz und Basis der Regierungspartei zu stärken.

Von Regierungsseite wird die geringe Wahlbeteiligung ebenfalls als enttäuschend bezeichnet, aber auch darauf hingewiesen, daß Ghanaer sich in erster Linie ihrem Heimat- und Geburtsort verbunden fühlten und an der (politischen) Entwicklung dort interessiert seien. Da nun viele Ghanaer gegenwärtig einen anderen Wohnort hätten, sich für dessen politische Entscheidungsprozesse allerdings kaum interessierten, aber nur dort wahlberechtigt seien, trage auch dies zu der geringen Wahlbeteiligung bei.

Ein weiteres enormes Problemfeld und ein wichtiger Kernbereich der Dezentralisierungspolitik der Regierung ist die Dezentralisierung der nationalen Fachministerien und Departments. Sie wurden in den vergangenen Jahren dezentralisiert, aber nun geht der Streit darum, wer über die neu geschaffenen Distriktdienststellen die Personal- und Finanzhoheit bekommt. Bislang liegt diese noch bei den Ministerien und nicht, wie ursprünglich geplant, bei den *District Assemblies*. Verhindert hat die Umsetzung der ursprünglichen Pläne bislang der Widerstand der Zentralverwaltung, die um ihren Einfluß bangt.

Neben diesen politischen Problemen gibt es bei der Dezentralisierung der Ministerien und Departments natürlich auch ganz persönliche Motive vieler Beteiligter. Konkret sind beispielsweise Beamte der bisherigen Zentralverwaltung kaum bereit, ihren Arbeitsplatz in einen abgelegenen Distrikt (*into the bush*) zu verlegen, in dem die Lebensqualität eine andere ist als in der Hauptstadt Accra.

Als einen weiteren Grund für den Widerstand gegen die wirkliche Dezentralisierung der nationalen

Ministerien und Behörden werden von Beobachtern auch die internen Machtkämpfe in der NDC genannt. Würden die Distriktdienststellen der Sektorministerien samt Personal- und Finanzhoheit wirklich den District Assemblies unterstellt, so die Überlegung, würden beispielsweise das Ministry for Local Government einen ungeheuren Machtzuwachs erhalten und Kwamena Ahwoi zum Superminister avancieren, was anderen NDC-Größen ein Dorn im Auge wäre.

Die genannten Probleme dürfen aber nicht den Blick darauf verstellen, daß der Dezentralisierungsprozeß enorme Möglichkeiten der aktiven Beteiligung weiterer Bevölkerungsteile am politischen Prozeß insgesamt eröffnet. Neben den gewählten Volksvertretern in den *Unit Committees* und den *Distrikt Assemblies* können auch ‚normale‘ Bürger ihre Anliegen der nahen Assembly vortragen, anstatt ins ferne Accra reisen zu müssen. Diese Chancen ergreifen mehr und mehr lokale Interessen- und Selbsthilfegruppen, aber auch Einzelpersonen.

Konzentrierte sich die politische Interessenvertretung bestimmter Organisationen wie Gewerkschaften, Unternehmens- oder Bauernverbände oder die politische Aktivität zivilgesellschaftlicher Kräfte bisher weitgehend auf die nationale oder regionale Ebene, so entdecken sie nun auch den Nutzen, sich auf Distriktebene zu organisieren und aktiv zu werden. Dieser sich langsam aber sicher verstärkende Prozeß wird eine erheblich größere Zahl an Verbandsmitgliedern in die politische Interessenvertretung und das aktive Engagement einbeziehen als bislang und auch solchen Mitgliedern, die bisher davor zurückschreckten, auf vertrautem Terrain politische Interessenvertretung und politisches Engagement leichter machen.

Die verstärkte Präsenz und Aktivität zivilgesellschaftlicher Kräfte auf Distriktebene schafft zudem so etwas wie eine verfaßte Öffentlichkeit, die es den politischen Hauptakteuren zunehmend schwierig macht, politische Entscheidungen ohne öffentlichen Diskurs in kleinen Zirkeln zu treffen. Vielmehr verspüren sie die Notwendigkeit, für politische Entscheidungen werben und öffentliche Unterstützung für sie mobilisieren zu müssen.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, hat der Dezentralisierungsprozeß in Ghana damit einen Punkt erreicht, an dem sich langsam aber sicher eine breite

Eigendynamik entfaltet, die diesen Prozeß langfristig beschleunigen und stabilisieren wird. Es macht sich in der Tat bemerkbar, daß immer mehr Ghanaer durch die sich eröffnenden Chancen des Dezentralisierungsprozesses ganz praktisch erfahren, daß eine zunehmende Demokratisierung eine entscheidende Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für ihre persönliche, aber auch für die gesamtgesellschaftliche sozioökonomische Entwicklung ihres Landes ist.

■ **Korruptionsdebatte**

Auf ihrer Sommertagung in Koforidua hat die Katholische Bischofskonferenz in einer Erklärung die Korruption in allen Gesellschaftsbereichen mit deutlichen Worten gegeißelt und sich selbst von diesem Übel keineswegs freigesprochen. Die öffentliche Reaktion auf diese Erklärung war enorm. Die politischen Parteien, alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen sowie die Regierung nahmen zu dem von den Bischöfen aufgeworfenen Thema Stellung und die dadurch ausgelöste breite Diskussion ist noch in vollem Gange. Anscheinend haben die Bischöfe ein Thema angeschnitten, das schon seit langem vielen unter den Nägeln brannte, aber in gewisser Hinsicht ein Tabu darstellte, das nun gebrochen wurde.

Das Thema der Korruption ist insofern hochbrisant, als Rawlings seine Revolution u.a. mit dem Ziel begründete, der Korruption in Ghana ein Ende zu setzen, und eine Diskussion hierüber unweigerlich als eine Attacke auf seine politische Glaubwürdigkeit verstanden werden mußte.

Es ist sicherlich das große Verdienst der Bischofskonferenz und ihres Vorsitzenden, des Erzbischofs von Cape Coast, Peter A. Turckson, die Erklärung in einer Form verfaßt zu haben, die niemanden auf die Anklagebank setzte und von vornherein die gesamte Diskussion in eine äußerst sachbezogene Richtung lenkte. Nichtsdestoweniger nahm die Regierung dieses Thema außerordentlich ernst und bereits zwei Wochen nach der Erklärung empfing Rawlings, umgeben von einigen der einflußreichsten NDC-Größen wie Kwamena Ahwoi und dem Staatsminister für nationale Sicherheit, Totobi Quashie, eine Delegation der Bischofskonferenz in seinem Amtssitz. Dies war seinerseits eine politisch kluge Geste, die den von den Bischöfen ins Spiel gebrachten Ball geschickt

aufnahm. Rawlings betonte bei diesem Treffen noch einmal in aller Deutlichkeit, daß er sich der Korruptionsbekämpfung mit Leib und Seele verschrieben habe und dieses Thema nach wie vor hohe Priorität genieße.

In besonderer Weise wurde das Korruptionsthema von der Commission for Human Rights and Administrative Justice (CHRAJ) aufgegriffen. CHRAJ ist eine Mischung aus Petitionsausschuß, Staatsanwaltschaft, Ombudsmann und Rechnungshof. Durch eine Reihe von Untersuchungsverfahren und Schiedssprüchen zuungunsten der Regierung(spartei), die in den vergangenen Jahren u.a. zum Rücktritt einiger Minister geführt hatte, hat sie sich den Ruf großer Integrität und Unabhängigkeit erworben und ist vielleicht die einzige Institution in Ghana, zu der die Ghanaer ein ähnlich großes Vertrauen haben wie die Deutschen zum Bundesverfassungsgericht oder zur Bundesbank.

Auf einem von CHRAJ organisierten mehrtägigen nationalen Forum wurden alle wichtigen politischen Akteure des Landes zusammengebracht – Regierung, Parlament, Justiz, die Privatwirtschaft und andere wichtige zivilgesellschaftliche Gruppen –, um nach Wegen der Korruptionsbekämpfung zu suchen. Das Forum wurde vom Vizepräsidenten Mills selbst, der als ehemaliger Leiter der nationalen Steuerbehörde ebenfalls ein besonderes Interesse an der Korruptionsbekämpfung hat, eröffnet und brachte einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zum Ausdruck, der Korruption den Kampf anzusagen. Bei der Diskussion wurde besonders betont, daß institutionelle Reformen in vielen Bereichen vor allem des öffentlichen Sektors notwendig sind, um das Übel an der Wurzel zu packen. Hier wurden beispielsweise eine Stärkung von unabhängigen Institutionen wie CHRAJ oder des Serious Fraud Office, aber auch eine beschleunigte Privatisierung der noch im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen sowie eine stärkere Wettbewerbsförderung in einigen Wirtschaftsbereichen genannt.

Gerade im letzteren Bereich ist der Regierung ihre Entschlossenheit, auf ihrem Reformkurs weiter voranzuschreiten, nicht abzuspochen. So haben Regierung und Parlament bereits beschlossen, den Kakao-sektor weiter zu liberalisieren, die Ölraffinerie des Landes zu privatisieren und nach der Privatisierung der Ghana Telekom und der Zulassung etlicher Kon-

kurrenten im Mobilfunkbereich nun auch den Festnetzsektor dem Wettbewerb zu öffnen. Da es sich hier um weitere Schlüsselbereiche der ghanaischen Wirtschaft handelt, ist nicht nur die Hoffnung berechtigt, daß durch diese und ähnliche Maßnahmen die Korruption eingedämmt wird, sondern daß Ghana auch in seiner wirtschaftlichen Entwicklung den positiven Trend der letzten 15 Jahre fortsetzen wird.

■ Die Wirtschaft

In den vergangenen 15 Jahren, seit dem Beginn der Strukturanpassungspolitik, betrug das Wirtschaftswachstum Ghanas im Durchschnitt um die 4,5 Prozent, was im Vergleich zu allen anderen schwarzafrikanischen Staaten außerordentlich gut ist. Berücksichtigt man allerdings das in diesem Zeitraum durchschnittlich drei Prozent betragende Bevölkerungswachstum, so bleibt ein Pro-Kopf-Wachstum von 1,5 Prozent, was im afrikanischen Durchschnitt gut, aber in bezug auf das große Ziel einer nachhaltigen Armutsbekämpfung doch noch recht mager ist, zumal eine relativ geringe Zahl der Ghanaer von den sich neu bietenden wirtschaftlichen Chancen überdurchschnittlich profitiert. Von den 1,5 Prozent Pro-Kopf-Wachstum bleibt demnach für die große Masse der Ghanaer nicht viel übrig.

Im vergangenen Jahr wurde die ghanaische Wirtschaft von einigen externen und internen Schocks schwer erschüttert. Der durch die Asienkrise beschleunigte Verfall bestimmter Rohstoffpreise traf Ghana negativ und positiv zugleich. Negativ machte sich vor allem der stark gesunkene Preis des Goldes, des wichtigsten Exportguts, bemerkbar. Positiv dagegen schlug der niedrige Preis des Rohöls zu Buche, auf dessen Import Ghana angewiesen ist. Inwieweit sich diese beiden Effekte gegenseitig aufheben, ist wegen der noch nicht veröffentlichten Jahresstatistiken zur Zeit nicht festzustellen. Gleiches gilt für die Auswirkungen der schweren Energiekrise, unter der Ghana von Januar bis September gelitten hat.

Wegen des abgesunkenen Wasserspiegels des Akosombo-Staudamms konnte dessen Wasserkraftwerk, die Hauptquelle für elektrische Energie in Ghana, nur noch ein Drittel bis ein Sechstel der üblichen Strommenge liefern. Da geplante Ersatzkraftwerke und Stromimporte nicht rechtzeitig bzw. ausrei-

chend genutzt werden konnten, kam es zu regelmäßigen Stromabschaltungen. Zeitweilig war deren Rhythmus: 24 Stunden kein Strom, zwölf Stunden Strom. Vor allem die verarbeitende Industrie und der Dienstleistungssektor hatten schwer unter diesen Notmaßnahmen zu leiden und mußten für die Installation und den Betrieb eigener Generatoren enorme Kosten aufwenden. Alle Betriebe, vor allem das Kleingewerbe, das Handwerk und der Mittelstand, die diese Kosten nicht aufbringen konnten, hatten erhebliche Produktionsausfälle hinzunehmen. Einzig der Landwirtschaftssektor blieb wegen seines nur sehr geringen Bedarfs an Strom von negativen Auswirkungen verschont.

Die Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftswachstum sind umstritten. Das Finanzministerium spricht nach wie vor von der Erreichung des Ziels von fünf Prozent Wirtschaftswachstums im Jahre 1998. Unabhängige Forschungsinstitute bezweifeln die Erreichbarkeit dieses Zieles und halten ein Nullwachstum für das Maximum des Erreichbaren. Erst die Jahresstatistiken werden hierüber genauen Aufschluß geben.

Sicherheit herrscht dagegen über den Trend der Inflationsrate, die im Laufe des Jahres deutlich unter 20 Prozent gesunken ist und die Zinssätze nach sich zog. Dies darf als wichtiger Erfolg der Wirtschaftspolitik angesehen werden und dieser positive Trend ist denn auch ein Hinweis darauf, daß eine nachhaltige Schwächung der im ganzen positiven Wirtschaftsentwicklung nicht zu erwarten ist. Nimmt man jedenfalls die Börse in Accra als Gradmesser für die Erwartungen nationaler und internationaler Investoren, so sieht die Zukunft recht rosig aus. Trotz der Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten ist der All-Share-Index im Jahresverlauf um 60 Prozent gestiegen. Wegen der geringen Tiefe des Kapitalmarktes ist diese Hausse zwar mit einer gewissen Vorsicht zu genießen, da schon vergleichsweise geringe Beträge große Bewegungen auslösen können. Aber die Botschaft ist dennoch eindeutig: Man hat Vertrauen in Ghana – in seine Wirtschaft wie in seine Politik – und das bedeutet letztlich auch: Man hat Vertrauen in Ghanas junge Demokratie.

Das Manuskript wurde am 22. Januar 1999 abgeschlossen.